

Geld und Energiewende

Geld dürfte bei der Frage der Umgestaltung unserer Energieversorgung zu 100% Erneuerbaren auf gar keinen Fall die Hauptrolle spielen. Schließlich hängt es vom Erfolg dieser Energiewende ab, wie wir und erst recht kommende Generationen in Zukunft leben werden. Vielleicht ist sogar das Überleben daran geknüpft. Man müsste den schnöden Mammon also eigentlich ausschließlich so verwenden, dass die Erneuerbaren endlich in einem Tempo ausgebaut werden, der dem Pariser 1,5 Grad – Ziel gerecht wird.

Es wird immer noch behauptet, die Erneuerbaren seien verantwortlich für steigende Energiekosten. Eine Behauptung, die wir in diesem Text mit Zahlen widerlegen.

Die EU-Taxonomie vs. Erneuerbare

Unlängst erfreute die EU-Bürokratie große Investoren mit einer sogenannten [Taxonomie](#) (zu gut deutsch einem Verfahren, das bestimmte Objekte nach bestimmten Kriterien klassifiziert), die Atom- und Gaskraftwerke wieder salonfähig macht. Atom- und Gaskraftwerke gelten demnach, nicht völlig unerwartet, als klimafreundlich. Es genügt leider vollauf, wenn sie durch die EU-Bürokratie mal eben aus rein politischen, um nicht zu sagen lobbygesteuerten Gründen mit diesem Prädikat neu „klassifiziert“ werden, um die Botschaft zu verbreiten: Bitte hier investieren! Die riesigen angehäuften Geldberge suchen seit langem nach Anlagemöglichkeiten und das immer verzweifelter. Da muss man als Politiker doch was tun! Vergessen sind Tschernobyl und Fukushima, verdrängt die Tatsache, dass Gaskraftwerke zwar weniger CO₂ ausstoßen als Kohlekraftwerke, aber immer noch veritable CO₂-Emitter bleiben, zumal, wenn man deren weiteren Ausbau plant. Sie taugen bestenfalls als Brücken- und Reservetechnologie. Was Deutschland angeht, dürfte nach grober Schätzung genügend [Gaskraftwerkskapazität](#) zur Erfüllung dieser Aufgabe zur Verfügung stehen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass das Tempo des Ausbaus der Erneuerbaren spürbar steigt.

Um auf das Thema Geld zurück zu kommen: Wir nennen die EU-Taxonomie einen erbärmlichen Schachzug, der letztendlich wieder nur den allgegenwärtigen Mainstream-Ansatz bedient: Geld ist das alles Entscheidende – vor allem, dass es bei den richtigen Leuten, sprich den ganz besonders Freien auf dem „freien Markt“, ankommt. Diesen Ansatz noch dazu grün anzustreichen, führt die Perversion der Gedanken in neue, ungeahnte Höhen.

Wir haben [hier](#) schlüssig vorgerechnet, wie viele neue PV- und Windkraftinstallationen wir benötigen würden, um eine 100%ig erneuerbare Energieversorgung zu erreichen. Wir haben dabei nicht behauptet, dass die Energiewende ohne immense Investitionen vonstatten gehen kann. Die Umsetzung der EU-Taxonomie, dieser verheerende Griff in die Mottenkiste, wird aber auch nicht zum Nulltarif finanzierbar sein. Sie könnte schon unter Bezugnahme auf die reinen Ausbaurkosten (ohne Folgeschäden) teurer werden, zumal das Wirtschaften der „Geldgeber“ oft genug damit verbunden ist, Großprojekte für die Summe X zu planen um am Ende 2X+ abzurechnen.

Auf jeden Fall kommt sie uns teuer zu stehen – Grüße an dieser Stelle ins Ahrtal. Die Überflutungen des Jahres 2021 im Westen Deutschlands haben nach jüngsten Schätzungen 31 Mrd. Euro gekostet ... und fast 200 Menschenleben. Wir wissen, dass das Ahrtal auch in der Vergangenheit des Öfteren überschwemmt wurde. Wer aber immer noch glaubt, das Ereignis des Jahres 2021 sei ein isoliertes, zufälliges gewesen, hat einfach den Schuss nicht gehört. Statistiken der Versicherer, ([hier eine etwas ältere](#)) weisen eindeutig auf eine Häufung von Extremwetterlagen und die damit verbundenen höheren Schäden hin. Versäumter Klimaschutz besitzt längst eine monetäre Komponente.

Was also soll dieser neu taxonomierte Gas-Unfug?

Eine tatsächliche Energiewende, die den Pariser Klimazielen gerecht wird, findet, rein physikalisch bedingt, dezentral statt. Sie wird vor allem vom Mittelstand und letztendlich den Bürgern getragen. Sie würde vielen Menschen sichere und vor allem sinnvolle Arbeitsplätze garantieren und damit, das nicht nur nebenbei bemerkt, das sich seit Jahrzehnten verschärfende Verteilungsproblem, sprich die wachsenden Unterschiede zwischen Arm und Reich adressieren.

Das Handeln der deutschen Politik

Was für uns Unfug ist, betrachten insbesondere Finanzminister [Lindner](#) und der als Sozialdemokrat getarnte neue [Bundeskanzler Scholz](#) (den Traditionen großer Arbeiterführer wie Wolfgang Clement, Gerhard Schröder, Thilo Sarrazin und Sigmar Gabriel ganz und gar verhaftet) freilich völlig anders. Sie und der grüne Superminister Habeck hatten bereits ein paar Wochen Zeit, die Energiewende auf der Basis von Windkraft

und Photovoltaik durch politische Beschlüsse zu forcieren. Nichts, aber auch wirklich gar nichts wurde von der neuen deutschen Regierung in diese Richtung bislang unternommen. Man muss es fast schon als Erfolg verbuchen, dass man in Deutschland nicht, wie Frankreich, wieder auf Atomkraft zurückgreifen will. Dennoch huldigt Scholz ganz offen der EU-Taxonomie, während ein paar Grüne aus der zweiten Reihe mehr der Form halber mit lauen Worten dagegen protestieren. Es kann schließlich nicht angehen, dass Bürger ihren Strom zu großen Teilen selbst produzieren und damit als Kunden für die neuen deutschen Gaskraftwerke ausfallen. Schon Planung und Bau dieser Kraftwerke wird den üblichen Verdächtigen satte Gewinne in die Kassen spülen – erst recht der vorwiegend klimaschädliche Betrieb über einen Zeitraum von 30 bis 40 Jahren. Klimaneutralität bis 2045? Fehlanzeige. Man manifestiert vielmehr eine „Brückentechnologie“, deren Brückenbogen zeitlich weit jenseits der von der Bundesregierung selbst gesetzten Grenze 2045 liegt.

Edit vom 11.01.2022: Wirtschaftsminister Habeck hat sich endlich zu Wort gemeldet. Wenn es ihm gelingt, seine in dem [ZDF-Interview](#) (unbedingt anhören!) geäußerten Pläne umzusetzen, wären wir einen großen Schritt weiter. Sie reichen zwar den Zahlen nach bei weitem nicht aus ([Kritik von FFF](#)), um der avisierten Klimaneutralität für Deutschen 2045 gerecht zu werden und Habecks Fokus liegt nach unserem Geschmack ein wenig zu sehr auf der Windkraft, aber die prinzipielle Richtung stimmt. Das erkennt man am besten an den gellenden Schmerzensschreien der üblichen Verdächtigen, die sein Vorstoß ausgelöst hat; exemplarisch hierfür die für ihre, in Interviews gezeigte Sachkompetenz in Wirtschaftsfragen bekannte [Julia Klöckner](#). Ob und wie weit Habeck bei Scholz und Lindner mit seinen Plänen durchkommt – warten wir's einfach ab.

Strompreise – wo geht ihr hin? Und vor allem warum?

Die [Stromgestehungskosten](#) für onshore Windkraftanlagen bewegen sich lt. [Fraunhofer ISE](#) zwischen 4 und 8, offshore zwischen 7 und 12 ct/kWh. PV-Freiflächenanlagen produzieren erneuerbaren Strom am günstigsten für knapp über 3 bis knapp unter 6 ct/kWh. Rechnet man dort die Kosten für Batteriespeicher ein, erhält man eine Spanne zwischen ca. 5,5 und 10 ct/kWh.

Demgegenüber lagen schon die **minimalen** Stromgestehungskosten fossiler Erzeuger (mit Ausnahme der GuD-Kraftwerke), Stand Juni 2021, über 10 ct/kWh. Hauptursache dafür sind die steigenden Preise für CO₂-Zertifikate. Obwohl sich diese nur moderat verteuerten und der Handel mit ihnen einige Fragwürdigkeiten mit sich bringt, erfüllen sie durchaus den gewünschten Zweck – die Stromproduktion aus fossilen Quellen immer weniger wettbewerbsfähig zu gestalten.

Selbst batteriegepufferter erneuerbarer Strom lässt sich heutzutage deutlich günstiger bereit stellen als Strom aus Kohle (10,2 bis 15,5 ct/kWh) oder Gas (11,5 bis 29 ct/kWh). Die Stromgestehungskosten für Wind und Sonne werden entgegen der Preisentwicklung für fossile Erzeugung lt. Prognose Fraunhofer ISE in den nächsten Jahren weiter sinken. Aus diesem, rein monetären Blickwinkel betrachtet, entpuppt sich die EU-Taxonomie als nichts anderes als ein massiver Eingriff in den offensichtlich doch nicht ganz so freien Markt. Der forcierte Ausbau von Windkraft und Photovoltaik würde Strompreise reduzieren. Das Märchen von den Erneuerbaren als Preistreiber ist längst vom Tisch. Trotzdem setzt die deutsche Regierung weiter auf den viel teureren und immer teurer werdenden Strom aus neuen (!) Gaskraftwerken. Man ist schließlich seinem speziellen Klientel verpflichtet, nicht etwa, wie immer wieder behauptet, seinen Wählern. Ein Grundsatz, der in der Praxis mehr oder weniger auf alle großen Parteien zutrifft.

Die Folgen dieser „wenig volksnahen“ Politik spüren die Bürger unseres Landes Anfang 2022 besonders intensiv. Natürlich kann man die EU-Taxonomie nicht allein für die enorm steigenden Strompreise verantwortlich machen. Diese garantiert allenfalls, dass Strom auch in Zukunft immer teurer werden wird. Die Hauptursache für die derzeitige Situation liegt vielmehr im jahrelang verschleppten Ausbau der Erneuerbaren. Hinzu kommen einige ungünstige aktuelle Umstände:

- Die Erträge aus Windkraft- und PV-Anlagen waren 2021 wetterbedingt etwas geringer als in den Vorjahren.
- Die Gaspreise sind im gleichen Zeitraum, u.a. aufgrund des erhöhten Bedarfs im ungewöhnlich kalten Februar 2021 gestiegen.
- Da die bei Wind und Sonne entstandene Lücke vor allem durch Gaskraftwerke geschlossen werden musste, kam es in positiver Rückkopplung zu einem weiteren Anstieg der Gas- (→ Strompreise).
- Der schwelende Konflikt mit Russland, dem größten Lieferanten Deutschlands für Erdgas erzeugt Unsicherheit an den Märkten, die sich ebenfalls preisstigernd auswirkt. Wir können nur hoffen, dass die Spannungen nicht zu einem Wirtschaftskrieg oder Schlimmerem eskalieren.

Demzufolge haben sich die auf 200 Tage gemittelten [Preise an der Leipziger Strombörse](#) von Januar bis Dezember 2021 von 4 ct/kWh auf über 12 ct/kWh verdreifacht. Dies hat bereits einige [Stromanbieter in die Pleite](#) getrieben und es steht zu befürchten, dass weitere folgen werden. Betroffen sind vor allem Unternehmen mit riskanten Geschäftsmodellen, die Strom besonders billig feilboten und damit bei Verivox und Check24 immer weit vorn gelistet waren. Pleiten am Strommarkt gab es in der Vergangenheit auch ohne Preisturbulenzen. Allerdings ist die schiere Anzahl Endverbraucher, die vom (Billig)-Anbieter ihrer Wahl nicht mehr beliefert werden, im Moment deutlich größer. Sie erleiden erst einmal keine Versorgungsunterbrechung, weil die örtlichen Grundversorger (oft das lokale Stadtwerk) die Stromlieferung übernehmen. Allerdings werden für diese „Ersatzversorgung“ aufgrund der sehr speziellen Situation auf dem Energiemarkt mittlerweile Preise [bis zu einem Euro pro Kilowattstunde](#) aufgerufen. Der Vorwurf, die Stadtwerke würden damit Kasse machen, dürfte nur für einige zutreffen. Sie befinden sich vielmehr in der unglücklichen Lage, Strom liefern zu **müssen**. Neukunden sind für sie, so paradox das klingt, im Moment absolut [nicht erwünscht](#). Je größer deren Anteil ist, desto größer die Belastung für die städtischen Versorger. Es bleibt ihnen nichts weiter übrig als die gestiegenen Börsenpreise auf all ihre Kunden umzulegen, was die neu angelandeten natürlich viel härter trifft als Bestandskunden.

Wechselt der von einem Pleiteunternehmen betroffene Endverbraucher regulär zu einem anderen Anbieter, zahlt er im Schnitt 0,45 bis 0,50 €/kWh bei Abschluss eines Jahresvertrages – da helfen auch Verivox und Check24 nicht weiter. Die „besser Situierten“, die sich die etwas höheren Stromtarife ihrer Stadtwerke über Jahre leisten konnten und aus finanziellen Gründen nicht ständig zum günstigsten Anbieter wechseln mussten, können sich relativ entspannt zurück lehnen. Angehörige der Mittelschicht besitzen überdies nicht selten ein eigenes Häuschen und die ganz Schlaunen unter ihnen haben seit Jahren eine Solaranlage auf dem Dach. Fakt ist:

Steigende Energiepreise treffen vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen.

Sie sind eine der überhand nehmenden negativen Entwicklungen, die den sozialen Frieden in Deutschland gefährden. Wollen wir ihn erhalten, müssen wir diese Trends schnellstmöglich umkehren.

Zusammensetzung der Strompreise

Abbildung 1 zeigt, welche Komponenten welchen Anteil an der deutschen Strompreisbildung im Jahr 2021 hatten. Die Zahlen haben wir der Website [strom-report](#) entnommen. Andere Quellen liefern ähnliche bzw. exakt die gleichen Werte. Abbildung 2 ist eine daraus abgeleitete milde Prognose für 2022, von der wir nur hoffen können, dass sie so zutrifft. Zu befürchten ist, dass wir im Durchschnitt in der Nähe der 40 ct/kWh landen könnten. Wesentliche Einflussgrößen dürften das Wetter (vor allem im Rest des Winters) und die weitere Entwicklung außenpolitischer Konflikte sein.

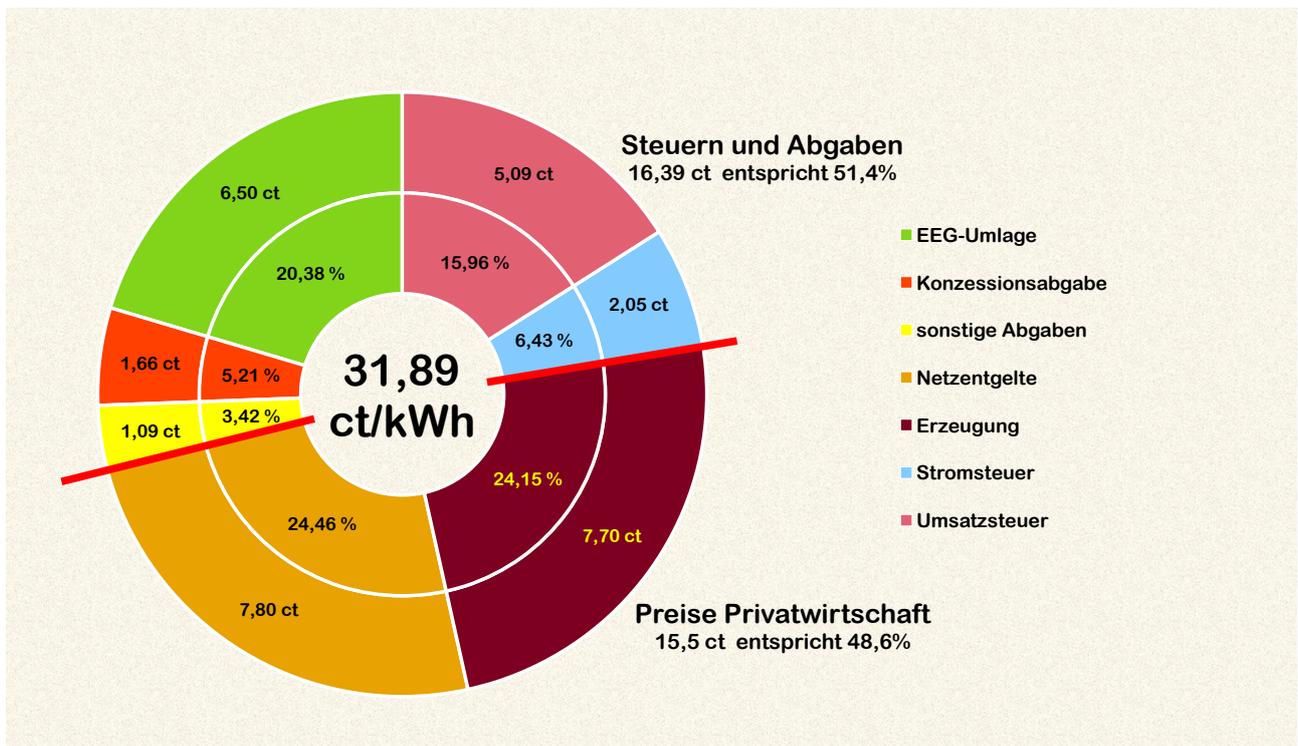


Abbildung 1: Reale durchschnittliche Strompreise und deren Bestandteile, Deutschland 2021

Wie [strom-report](#) unterscheiden wir grob zwischen Steuern und Abgaben, die der Staat kassiert und den Preisen, die für Erzeugung und Bereitstellung von der Privatwirtschaft erhoben werden.

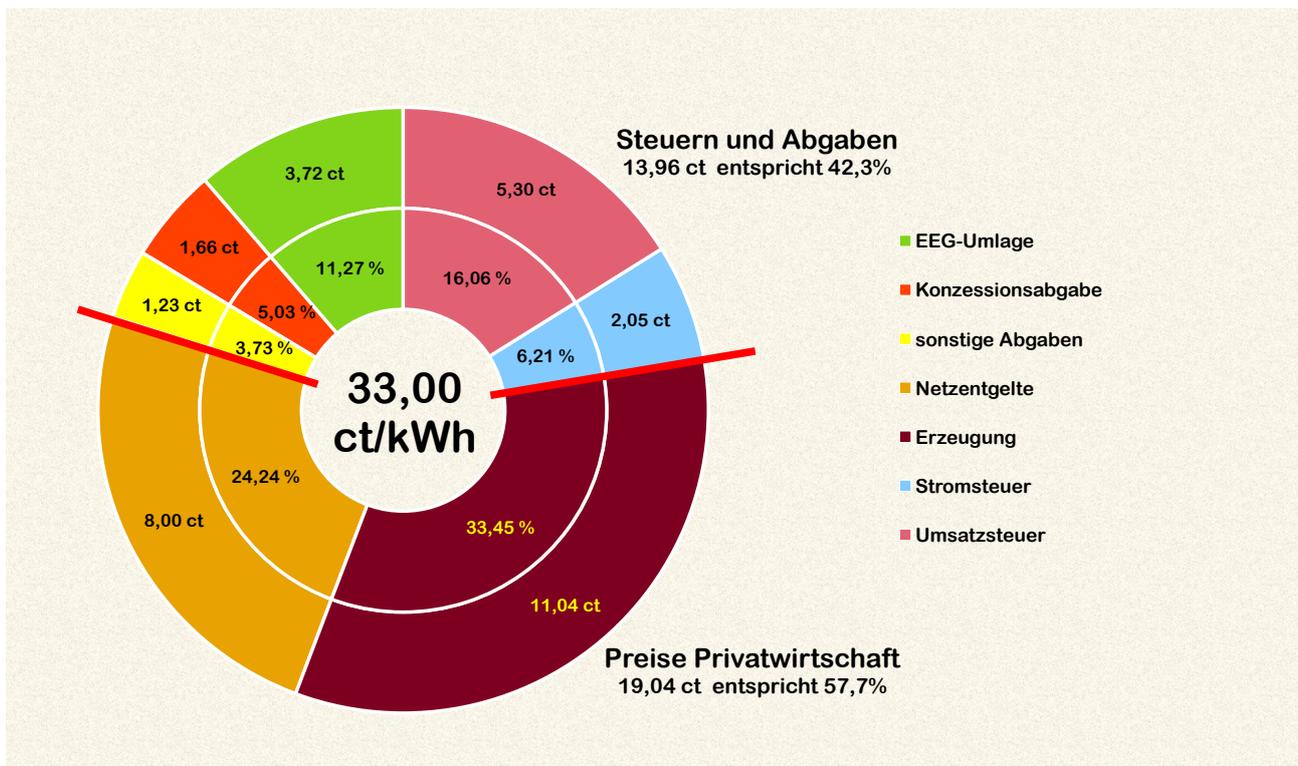


Abbildung 2: Optimistische Prognose für 2022

Alle in der Prognose aufgeführten Steuern und Abgaben sind **tatsächliche** Werte und damit **nicht geschätzt**. Dies trifft lediglich auf den voraussichtlich zu zahlenden Gesamtpreis und damit auf den durch Subtraktion ermittelten Anteil zu, den sich die freie Wirtschaft gönnt.

Spinnt man den Faden weiter und setzt 40 ct/kWh als Gesamtpreis an, erhält man folgendes Verhältnis Steuern und Abgaben vs. Erzeuger/Infrastrukturkosten.

	Steuern und Abgaben	Erzeugerkosten und Netzentgelte
absolut	14,91 ct/kWh	25,09 ct/kWh
Prozentualer Anteil	37,28%	62,72%

Tabelle 1: Anteile Steuern und Abgaben vs. Erzeugerkosten und Netzentgelte bei einem angenommenen Strompreis von 40 ct/kWh

Aber schon der Vergleich zwischen den beiden Abbildungen führt sehr schnell zu der erstaunlichen Erkenntnis, die ganz und gar nicht zu vielen offiziellen Verlautbarungen unserer Leitmedien passt:

Nicht die Erneuerbaren sind die Preistreiber, sondern der Markt.

Das war schon vor der deutlichen Absenkung der EEG-Umlage von 6,5 auf 3,72 ct/kWh (im Jahr 2023 soll sie gänzlich entfallen) so. Man muss der neuen Regierung immerhin zugute halten, mit dieser Maßnahme die letzten Zweifel daran beseitigt zu haben.

Leider haben es noch nicht alle Fachleute (oder die sich dafür halten) verstanden. So schrieb das für einen unserer Autoren zuständige Stadtwerk am 15.11.2021 Folgendes:

Sehr geehrte Familie M.,

sicher haben Sie bereits davon gehört...

Die Energiewende stellt Deutschland – und nicht zuletzt auch H. - vor eine große Herausforderung und führte in den letzten Monaten bereits zu starken Anstiegen der Preise an den Handelsmärkten.

Es folgt eine überflüssige Entschuldigung für eine recht moderate Preiserhöhung. Allein die zitierte Begründung führte bei dem zur Cholerik neigenden Adressaten des Schreibens, der „so einiges darüber gehört hat“, wie Energiewirtschaft in Deutschland funktioniert, zu einem massiven Wutausbruch. Wir verzichten darauf, den genauen Wortlaut wiederzugeben.

Mit der Senkung der EEG-Umlage hat die Bundesregierung, was die derzeitige Situation angeht, zweifellos Schlimmeres verhindert. Wir fordern spätestens seit 2016 deren vollständige Abschaffung. Schlicht und einfach deshalb, weil die Erneuerbaren seit langem am Markt konkurrenzfähig sind. Bei derzeitigen Börsenpreisen von 12 bis 14 ct/kWh müsste rein rechnerisch sogar EEG-Umlage vom Staat an die Bürger zurück gezahlt werden. Wahlweise wären Börsenpreise für die Einspeisung aus erneuerbaren Quellen statt der knapp 7 ct/kWh Einspeisevergütung angemessen.

Neben der Anpassung/Liquidierung der EEG-Umlage müsste die Regierung den Mut zu einem zweiten, wesentlichen Schritt aufbringen. Staatliche Regulierungen helfen wenig, wenn sie durch die Preisgestaltung weniger Monopolisten an der Strombörse wieder ausgehebelt werden können. „Teure CO₂-Zertifikate - na und? Diese Kosten legen wir einfach auf den Endverbraucher um.“ Diesem Treiben muss Einhalt geboten werden. Mehr Bürgerbeteiligung und ein tatsächlich liberalisierter Energiemarkt, der auch kleineren Anbietern Chancen eröffnet, würden dabei helfen. Wir hoffen in diesem Zusammenhang, dass Habeck wenigstens teilweise halten kann, was er am 11.01.2022 versprochen hat.

Fazit

Die aktuellen Entwicklungen auf dem Strommarkt sind Ergebnis einer seit Jahren verfehlten Energiepolitik. Wir sind nach wie vor zu großen Teilen vom Import fossiler Energieträger zur Deckung unseres Energiebedarfs abhängig. Auch für Energie gilt letztendlich, dass schon geringe Schwankungen in Angebot und Nachfrage massiven Einfluss auf die letztendlich vom Bürger zu zahlenden Preise haben. In Zeiten außenpolitischer Unsicherheiten treten diese Effekte verschärft in Erscheinung.

Der Ausbau der Erneuerbaren nebst adäquater Speicherkapazitäten, würde Deutschland unabhängiger von diesen Schwankungen machen und sich mittelfristig reduzierend auf die Strompreise auswirken.

Abgesehen von den jüngsten Verlautbarungen des grünen Wirtschafts- und Klimaschutzministers Habeck können wir bislang keine Indizien erkennen, die für einen beschleunigten Ausbau von Photovoltaik und Windkraft sprechen. Demgegenüber empfinden wir die EU-Taxonomie, der Deutschland in der Gasfrage folgen will, gelinde gesagt als Farce, die eine Energiewende zu 100% Erneuerbaren nicht nur verzögert, sondern im Kern sogar torpediert.

Die stark steigenden Energiepreise führen aktuell zu einer Verschärfung der sozialen Probleme in unserem Land. Geringverdiener und Hartz IV-Empfänger müssen ihre finanziellen Mittel nahezu vollständig für die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse, zu denen auch Energie gehört, einsetzen. Preissteigerungen im Bereich der Basis-Lebenshaltungskosten führen zu noch mehr Armut und verwehren einem wachsenden Anteil der Bevölkerung die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Geld ist, so lautete unsere Eingangsthese nicht das alles Entscheidende. Seine Bedeutung wächst allerdings, je weniger man davon zur Verfügung hat. Wir fordern daher die Regierung auf, schnellstens Maßnahmen zu beschließen, die dem enormen Anstieg der Energiepreise entgegenwirken. Das Abwälzen der Kosten für CO₂-Zertifikate auf die Endverbraucher durch die fossilen Erzeuger ist zu sanktionieren.

Die extrem gestiegenen Energiepreise sind nur ein Aspekt, der den Zustand unserer Gesellschaft widerspiegelt. Unser Wirtschaftssystem basiert auf dem **Glauben**, dass stetiges Wachstum möglich ist und leider nicht auf der an sich einfachen Erkenntnis, dass dem Wachstum in einer endlichen Welt per se Grenzen gesetzt sind.

Um die Illusion von Wachstum aufrecht zu erhalten, ist eine bestimmte Inflationsrate notwendig. Diese sollte jedoch unter dem Einkommenszuwachs der breiten Bevölkerung liegen. Nur auf diese Weise würde das Wachstum einer großen Mehrheit zugute kommen. Davon kann im Moment jedoch keine Rede sein. Corona halten wir als alleinige Begründung für sinkende Realeinkommen für untauglich. Neben der hohen Inflationsrate hatten die Bürger unseres Landes schon vor der Pandemie unter diversen anderen Instrumenten der Finanzpolitik zu leiden – rechtswidriges Aufkündigen von Verträgen durch Banken und Versicherungen, Null-Zinsen und neuerdings Negativ-Zinsen, die von den Banken als „Einlagerungsgebühren“ bezeichnet werden. Vielleicht sind all diese Dinge Vorzeichen einer größeren Krise, die das Finanzsystem schon kurzfristig erschüttern könnte. Da unendliches Wachstum eben nicht möglich ist, sind „Korrekturen“ unumgänglich. Wie sie aussehen, hängt vor allem vom politischen Handeln ab. Folgt man weiterhin den Einflüsterungen einflussreicher Lobbyisten, riskiert man größere Verwerfungen bis hin zum totalen Zusammenbruch des demokratischen Gemeinwesens.

Wir befinden uns schon lange auf der Titanic die immer schneller untergeht. Muss uns das **jetzt** interessieren? Unser Essen kommt schließlich vom Supermarkt und der Strom aus der Steckdose. Alles wunderbar...für den Moment. Ob wir aber als freie Bürger oder als Sklaven widriger Umstände, die wir letztendlich selbst mit verschuldet haben, weiterleben, liegt **heute** in unserer Hand.